

Fünf Fragen an Alain Rousseau, Chefredakteur von RTL Télé Lëtzebuerg

Am 21. April 2009 reichte Paul-Henri Meyers einen Gesetzesvorschlag zu einer grundlegenden Revision der Luxemburger Verfassung ein. Dieser Text bleibt jedoch bis heute von den Medien und der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet. Wird zu leichtfertig und oberflächlich mit dem Thema „Verfassung“ umgegangen?

Alain Rousseau: Ich glaube eigentlich nicht, dass die Medien oder die Bevölkerung das Grundgesetz auf die leichte Schulter nehmen. Durch einzelne Ereignisse wurden Verfassungsfragen sporadisch immer wieder aus ihren langfristig institutionellen Logiken herausgerissen und bekamen eine gewisse tagespolitische Brisanz und Dynamik. Abstrakte Fragen stellten sich auf einmal sehr konkret: Während der Krise bezüglich des Euthanasiegesetzes oder während der sogenannten „Becca-Affäre“, als das Parlament nicht wusste, wie es sich mit einer Anklage eines Ministers verhalten würde. Die Verfassung wurde so zum Gesprächsthema und die Leute begannen sich Gedanken zu machen, ob das Grundgesetz noch aktuell sei. Diese Ereignisse unterstrichen demnach die Wichtigkeit einer Verfassungsrevision.

Der Verfassungsvorschlag zählt 145 Artikel, 8 Seiten „Exposé des motifs“, 28 Seiten Kommentar und behandelt u. a. die Organisation der staatlichen Gewalten, die Rolle des Großherzogs und die Grundfreiheiten. Wie bekommt man eine Debatte um einen solchen Text thematisch strukturiert?

A. R.: Eigentlich beantworten Sie Ihre Frage selbst: man muss die Verfassungsrevision thematisch angehen, d. h. Einzelaspekte herauspicken.

RTL Radio und RTL Télé Lëtzebuerg hatten 2005 maßgeblich zur Erweiterung der Debatte über die EU-Verfassung beigetragen, indem auch die außerparlamentarische Opposition oder einzelne Persönlichkeiten wie z. B. Gaston Vogel zu Diskussionsrunden eingeladen wurden. Wer werden Ihrer Meinung nach die Akteure in der anstehenden Debatte sein?

A. R.: Bisher haben die Institutionen die Diskussion unter sich geführt. 2005 haben sich die Stimmen des Volkes sozusagen von selbst ergeben. Gaston Vogel wurde beispielsweise nach und nach zum Sprachrohr der Gegner der EU-Verfassung. Es ist aber noch zu früh, um zu sagen, wer morgen neben den institutionellen Akteuren in einer Debatte um eine Verfassungsrevision auftreten wird. Dies von vorneherein zu definieren, wäre auch nicht unsere Aufgabe.

Wer sich also selbst zum öffentlichen Akteur erklärt, wird auch von den Medien als solcher behandelt und kriegt Auftrittsrrecht? Sie treffen im Vorfeld keine Auswahl?

A. R.: Wer eine gewisse Glaubwürdigkeit hat und zum Sprecher einer Bewegung wird, den werden wir auch nicht ignorieren.

Die Stimmen von 16 Abgeordneten reichen aus, um ein Referendum zu erzwingen. Haben Sie sich redaktionsintern schon auf diese Eventualität eingestellt?

A. R.: Sollte es zu einem Referendum kommen, dann werden wir darüber *en bonne et due forme* berichten. Ähnlich wie 2005 werden wir alle Akteure zu Wort kommen lassen und sie befragen, ob sie dafür oder dagegen sind. Unsere Rolle ist es dann, diese Botschaften zu entschlüsseln und den Leuten zu vermitteln. Dafür sind wir schließlich da.

(Das per Telefon geführte Interview fand am 29. August 2012 statt. BT)

